Europäische Kommission

Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum

Göteborg, 17. November 2017

SOZIALE PRIORITÄTEN DER KOMMISSION JUNCKER: DREIJAHRESBILANZ

"Es ist an uns, die Handschrift des Europäischen Sozialmodells bei allem unserem Tun und Handeln deutlich sichtbar zu machen. Denn Europa ist das Schutzschild für alle, die diesen wunderbaren Kontinent ihre Heimat nennen."

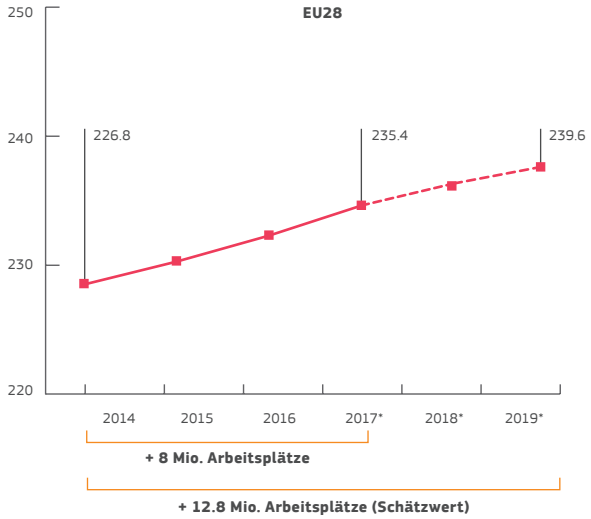
Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, Rede vor dem Europäischen Parlament, 22 Oktober 2014

Seit Beginn ihrer Amtszeit hat die Kommission Juncker soziale Prioritäten in das Zentrum ihres Handels und in den Mittelpunkt der Debatte über die Zukunft Europas gerückt.

Es wurden Fortschritte erzielt: In der EU wurden in den letzten drei Jahren über 8 Mio. Arbeitsplätze geschaffen, die Arbeitslosigkeit ist auf ihren niedrigsten Stand seit Anfang 2009 gesunken, und mit 235 Millionen Beschäftigten ist die Beschäftigungsquote höher als je zuvor.

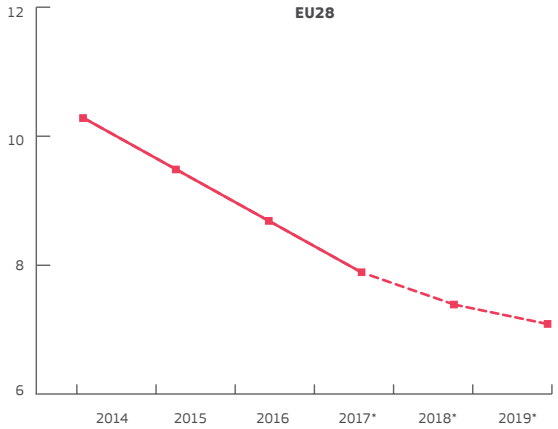
BESCHÄFTIGUNGSQUOTE IN DER EU 2014–2019* (IN MIO. MENSCHEN)

* Prognose
Datenquelle: Eurostat, National Accounts



ARBEITSLOSENQUOTE IN DER EU 2014–2019* (IN %)

* Prognose
Datenquelle: ECFIN, AMECO database



Europa ist auf dem richtigen Kurs, es darf sich jedoch nicht zurücklehnen. Mehr als 18 Millionen Menschen sind weiterhin arbeitslos, darunter 17 % der jungen Menschen in Europa.

Gleichzeitig kommt es vor unseren Augen zu einer ständigen Veränderung der Arbeitswelt und unserer Gesellschaften, und es gibt ebenso viele neue Chancen wie Herausforderungen.

Die Kommission ergreift wie bereits in der Vergangenheit Maßnahmen, um die soziale Marktwirtschaft in Europa zu modernisieren und ein „AAA-Rating im sozialen Bereich" für Europa zu erreichen. Noch stehen mehrere Initiativen zur Annahme durch den EU-Gesetzgeber an: Von den 19 in dieser Amtszeit in diesem Bereich vorgelegten Legislativvorschlägen müssen noch 12 angenommen werden.

ZENTRALE ARBEITSBEREICHE DER KOMMISSION JUNCKER AUF SOZIALEM GEBIET

Die nachstehenden Tabellen machen die in diesen sechs Arbeitsbereichen erzielten Fortschritte nach ihrem Sachstand deutlich:

- *Vorlage durch die Kommission/Einigung durch Europäisches Parlament oder Rat erzielt*
- *Vorschlag/Einigung im Jahr 2017 möglich*
- *Vorschlag/Einigung im Jahr 2018 möglich*
- *Nicht beteiligt*

DURCHSETZUNG GEMEINSAMER WERTE: ERRICHTUNG EINER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE

Vorgelegt/Einigung erzielt: 1 2 3

Auf dem Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum werden die EU-Organe am 17. November 2017 die europäische Säule sozialer Rechte proklamieren. In der Säule kommen 20 Grundsätze und Rechte zum Ausdruck, die im Lichte der heutigen und künftigen gesellschaftlichen Realitäten von wesentlicher Bedeutung sind. Die Säule ist Ausdruck des gemeinsamen, auf Zukunftsfähigkeit ausgerichteten Engagements dafür, die Rechte, für die die Bürgerinnen und Bürger Europas einstehen – von der Gleichstellung der Geschlechter bis zum sozialen Schutz, von fairen Arbeitsbedingungen bis hin zum lebenslangem Lernen – durchzusetzen und besser umzusetzen. Die Säule wird als Rahmen für einen erneuerten Prozess der Konvergenz hin zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen in der gesamten EU dienen.

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
1	Errichtung der europäischen Säule sozialer Rechte	Präsident Juncker kündigte die Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte im September 2015 in seiner Rede zur Lage der Union an. Darauf folgte eine öffentliche Konsultation vom März bis zum Dezember 2016. Im April 2017 wurde von der Kommission ein Vorschlag für die gemeinsame Proklamation der europäischen Säule sozialer Rechte durch die EU-Organe vorgelegt. Die Säule wird von Parlament, Rat und Kommission beim Sozialgipfel am 17. November 2017 proklamiert.	April 2017	November 2017	November 2017
2	Vorstellung des sozialpolitischen Scoreboards zur Verfolgung der Fortschritte der Mitgliedstaaten	Das sozialpolitische Scoreboard wurde zusammen mit der europäischen Säule sozialer Rechte zur Verfolgung der Fortschritte der Mitgliedstaaten in Bezug auf die wichtigsten beschäftigungs- und sozialpolitischen Indikatoren im Sinne der „AAA-Ratings im sozialen Bereich“ für Europa vorgelegt; im Rahmen des Europäischen Semesters 2018 wird es durchgängig berücksichtigt.	April 2017		
3	Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas	Im Anschluss an die Veröffentlichung des Weißbuchs der Kommission über die Zukunft Europas im März 2017 legte die Kommission ein themenspezifisches Reflexionspapier über die soziale Dimension Europas bis zum Jahr 2025 vor.	April 2017		

DURCHGÄNGIGE BERÜCKSICHTIGUNG SOZIALER PRIORITÄTEN: ANERKENNUNG DER SOZIALEN DIMENSION IN ALLEN POLITIKBEREICHEN

Vorgelegt/Einigung erzielt 4 5 6 8

Vorschlag/Einigung im Jahr 2018 möglich 7 9

Europas soziale Prioritäten berühren alle Politikbereiche. Diese Kommission hat sozialen Erwägungen denselben Stellenwert wie wirtschaftlichen bei all ihren Kerntätigkeiten eingeräumt, wie dem Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Investitionsoffensive für Europa (dem „Juncker-Plan") und ihren Leitinitiativen für die Vollendung des Binnenmarktes – vom digitalen Binnenmarkt bis hin zur Energieunion – sowie bei der Handelspolitik der EU und in den internationalen Beziehungen.

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
4	Durchgängige Berücksichtigung sozialer Prioritäten und Indikatoren im Europäischen Semester zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik	Die Kommission hat soziale Prioritäten und Indikatoren im Rahmen des jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, dem Europäischen Semester, stärker in den Vordergrund gerückt. Ab 2017 werden die Prioritäten der europäischen Säule sozialer Rechte auch in das Europäische Semester aufgenommen.	November 2014		
5	Bewertung der sozialen Auswirkungen des neuen Stabilitätshilfeprogramms für Griechenland	Als die Kommission mit Griechenland ein Memorandum of Understanding über ein neues Stabilitätshilfeprogramm unterzeichnete, sorgte sie dafür, dass erstmals eine *Ex-ante*-Abschätzung der sozialen Folgen des neuen Programms veröffentlicht wird.	August 2015		
6	Investitionsoffensive für Europa	Im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa können durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) Finanzmittel für soziale Infrastruktur und Ausrüstung sowie strategische Investitionen in Sozialunternehmen bereitgestellt werden. Bis Oktober 2017 wurden für 25 auf den sozialen Sektor ausgerichtete Projekte in 16 Mitgliedstaaten Vereinbarungen unterzeichnet, sodass sie auf den Weg gebracht werden können, und für weitere 8 Projekte wurde die Finanzierung gebilligt. Insgesamt beläuft sich die Finanzierung dieser Projekte auf über 1 Mrd. EUR, wodurch Infrastrukturinvestitionen in diesem Sektor in Höhe von 5,5 Mrd. EUR angestoßen werden dürften. Der EFSI unterstützt zudem Mikrofinanzierungen, Jungunternehmer und Sozialunternehmen.	November 2014		

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
7	Energieunion	Mit dem Paket der Kommission „Saubere Energie für alle Europäer“ soll die Energiearmut an der Wurzel angegangen werden, indem ein sozialer Ansatz verfolgt wird, anstatt regulierte Energiepreise zu erheben. Zudem beinhaltet das Paket die Einrichtung einer neuen Beobachtungsstelle für Energiearmut und den Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten.	November 2016		
8	Digitaler Binnenmarkt	Durch die Initiative WiFi4EU möchte die Kommission den kostenlosen Internetzugang an öffentlichen Orten, etwa in Parks, auf großen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, Bibliotheken, Gesundheitszentren und Museen, überall in Europa bis 2020 Wirklichkeit werden lassen.	September 2016		
9	Mobilität im Verkehrssektor	Im Verkehrssektor der EU sind über 5 Millionen Europäerinnen und Europäer beschäftigt. Im Rahmen der Initiative „Europa in Bewegung“ hat die Kommission Vorschläge zur Gewährleistung der sozialen Fairness und Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sektor unterbreitet. Ziel ist die Bekämpfung von illegalen Beschäftigungspraktiken und „Briefkastenfirmen“ sowie die Verbesserung der Sozial- und Arbeitsbedingungen im Verkehrssektor, insbesondere für Lkw-Fahrer.	Mai 2017		

ERNEUERUNG UND MODERNISIERUNG DER SOZIALGESETZGEBUNG

Vorgelegt/Einigung erzielt 11 12 16

Vorschlag/Einigung möglich im Jahr 2017 14

Vorschlag/Einigung möglich im Jahr 2018 10 12 13 15

Die Kommission hat mehrere Anpassungen der Rechtsvorschriften der EU vorgeschlagen, um den „sozialen Besitzstand" mit den Bedürfnissen der heutigen Arbeitswelt und der heutigen Gesellschaft zu vereinbaren. Damit einher geht, für eine einfachere Anwendung und Umsetzung der bestehenden Regelungen zu sorgen und hierfür Klarheit zu schaffen.

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
10	Vorschriften zur Verbesserung der Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen	Mit dem europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit schlug die Kommission gemeinsame Anforderungen an die Barrierefreiheit bestimmter wichtiger Produkte und Dienstleistungen auf EU-Ebene vor, die Menschen mit Behinderungen die vollständige Teilhabe an der Gesellschaft erleichtern.	Dezember 2015		
11	Mitteilung zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	Mit ihrer Mitteilung zur Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz legte die Kommission einen Aktionsplan für einen besseren Schutz der Arbeitskräfte vor arbeitsbedingten Krebserkrankungen und zur Unterstützung von Unternehmen – insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie Kleinstunternehmen – bei der Einhaltung der Vorschriften vor.	Januar 2017		
12	Rechtsvorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer vor krebserzeugenden chemischen Stoffen bei der Arbeit	Im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz wurde die Exposition gegenüber bestimmten krebserzeugenden Chemikalien am Arbeitsplatz weiter reduziert. Bisher sind drei Batches neuer und/oder strengerer Grenzwerte vorgesehen. Dieser Vorschlag sorgt dafür, dass in den nächsten 50 Jahren mehr als 100 000 Menschenleben gerettet werden.	Erstes Batch: Mai 2016 Zweites Batch: Januar 2017 Drittes Batch: 1. Quartal 2018	Erstes Batch: Oktober 2017	

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
13	Vorschriften zur Verbesserung der Vereinbarkeit des Berufs- und Privatlebens von berufstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen	Mit diesem Vorschlag werden einige höhere Mindeststandards für Eltern-, Vaterschafts- und Pflegeurlaub festgelegt. Die Möglichkeiten für Männer, Eltern- und Pflegeverantwortung wahrzunehmen, werden erweitert, und die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt wird gefördert.	April 2017		
14	Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen, um Arbeitsverträge fairer und berechenbarer zu machen	Der Schwerpunkt dieser Initiative liegt auf der Modernisierung der von 1991 stammenden Vorschriften zu Arbeitsverträgen, um diese Verträge für alle Arten von Beschäftigung gerechter und berechenbarer zu gestalten. Eine Konsultation der Sozialpartner wurde im April 2017 eingeleitet.	Rechtsetzungsinitiative: Ende 2017		
15	Zugang zu Sozialschutz	Die Kommission möchte Wege erkunden, wie alle Erwerbstätigen – auch solche in atypischen Beschäftigungsverhältnissen – auf der Grundlage ihrer Beiträge Zugang zum Sozialschutz und zu Leistungen der Arbeitsverwaltung erhalten können. Eine Konsultation der Sozialpartner wurde im April 2017 eingeleitet.	Initiative im voraussichtlich Frühjahr 2018		
16	Leitlinien für die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie	Dieses Dokument zu Auslegungsfragen gibt im Einklang mit der immer umfangreicheren Rechtsprechung Orientierungshilfe in Bezug auf verschiedene Aspekte der Richtlinie, wie Art und Bedingungen für Ruhezeiten, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft, Umsetzung des bezahlten Jahresurlaubs.	Vorgelegt im April 2017		

FAIRE UND DURCHSETZBARE REGELN FÜR DIE ARBEITSKRÄFTEMOBILITÄT

Aktueller Stand / Vorgelegt/Einigung erzielt 17

Vorschlag/Einigung möglich im Jahr 2018 18 19 20 21

Die Mobilität der Arbeitskräfte gehört zu den wertvollsten Freiheiten unserer Union: Mehr als 80 % der Europäerinnen und Europäer schätzen das Recht der Menschen auf Freizügigkeit und die Möglichkeit, an einem beliebigen Ort in der EU zu leben, zu arbeiten, zu studieren oder einer Geschäftstätigkeit nachzugehen. Die Kommission will die Mobilität der Arbeitskräfte unterstützen, indem sie klare und faire Regeln aufstellt, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und Missbrauch bekämpft.

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
17	Europäische Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit	Die Europäische Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit stärkt die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern. Sie vereint Akteure, die an der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit beteiligt sind, um ein wirkungsvolleres und effizienteres Vorgehen in dieser Frage zu ermöglichen, wobei die nationalen Zuständigkeiten und Verfahren vollständig gewahrt bleiben. Die Plattform wurde im Mai 2016 eröffnet.	April 2014		
18	Überarbeitung der Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern	Mit diesem Vorschlag wird der Grundsatz der „gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ festgeschrieben. Auf der Grundlage der Richtlinie zur Durchsetzung der Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern von 2014, die im Juni 2016 in Kraft trat, sind auch neue Regelungen für die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vorgesehen.	März 2016		
19	Vorschlag zur Modernisierung der Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	Mit diesem Vorschlag soll eine engere Verknüpfung zwischen dem Ort der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen und dem Ort des Leistungsbezugs hergestellt werden. Er schafft zudem ein besseres Instrumentarium für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten und umfasst neue Aspekte wie die Langzeitpflege.	Dezember 2016		
20	Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde	Diese neue Behörde wird die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden aller Ebenen stärken und die Bewältigung grenzübergreifender Herausforderungen erleichtern.	Gesetzgebungs initiative: Frühjahr 2018		
21	Vorschlag zur Einführung einer europäischen Sozialversicherungs-nummer	Die Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer soll die Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten mobiler Bürger und die grenzübergreifende administrative Zusammenarbeit vereinfachen.	Gesetzgebungs initiative: Frühjahr 2018		

INVESTITIONEN IN JUGEND UND QUALIFIZIERUNG

Vorgelegt/Einigung erzielt 22 23 24 28 30

Vorschlag/Einigung möglich im Jahr 2017 27

Vorschlag/Einigung möglich im Jahr 2018 25 26

Investitionen in die Fähigkeiten der Menschen in Europa und die Zukunft seiner Jugend gehören zu den wichtigsten Maßnahmen, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Europas und der Zusammenhalt seiner Gesellschaft gesteigert und Europa besser für die Veränderungen in der Arbeitswelt gewappnet werden kann. Durch die Veröffentlichung ausführlicher politischer Leitlinien, die Förderung der Jugendgarantie, die Nutzung des Europäischen Sozialfonds in größtmöglichem Umfang und den Start der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen unterstützt die Kommission Akteure auf allen Ebenen. Außerdem hat sie ein neues Europäisches Solidaritätskorps ins Leben gerufen, das jungen Menschen in Europa die Gelegenheit einer Freiwilligentätigkeit oder einer Beschäftigung bietet.

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
22	Rechtsvorschriften zur Stärkung der Jugendgarantie durch Vorfinanzierung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und Aufstockung ihrer Mittel für den Zeitraum 2017-2020	Die Kommission hat eine Vorfinanzierung in Höhe von 1 Mrd. EUR im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen vorgeschlagen, um die Jugendgarantie ab 2015 zu stärken.	Februar 2015		
		Für den Zeitraum 2017-2020 wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen wurde um 1,2 Mrd. EUR aufgestockt; hinzu kommen weitere 1,2 Mrd. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds.	Oktober 2017		
23	Empfehlung zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt	In dieser Empfehlung wird dargestellt, wie Langzeitarbeitslose unterstützt werden müssen, um ihnen die Rückkehr in ein Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern. Beispielsweise ist darin eine individuelle Bestandsaufnahme für alle Arbeitsuchenden vorgesehen, die seit mehr als 12 Monaten ohne Beschäftigung sind.	September 2015		
24	Empfehlung für „Weiterbildungspfade“: Neue Chancen für Erwachsene	In der Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine Reihe zielgerichteter Maßnahmen zur Verbesserung und Konsolidierung der Unterstützung für gering qualifizierte Erwachsene zu entwickeln. Beispielsweise soll bei jeder betroffenen Person eine Bestandsaufnahme ihrer Kompetenzen vorgenommen werden. Im Anschluss daran sind ein Weiterbildungsangebot auf der Grundlage dieser Bewertung sowie die Möglichkeit, erworbene Qualifikationen validieren und anerkennen zu lassen, vorgesehen.	Juni 2016		

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
25	Initiativen zur Unterstützung der Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, darunter ErasmusPro und der europäische Qualitätsrahmen für Berufsausbildungen	Im Zeitraum 2018-2020 sollen mit der neuen ErasmusPro-Initiative 50 000 Praktika für Auszubildende von drei bis zwölf Monaten Dauer bei Unternehmen im Ausland gefördert werden. Der Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einem Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen enthält 14 Kriterien, nach denen die Mitgliedstaaten und Interessenträger qualitativ hochwertige und wirksame Berufsausbildungen entwickeln sollten.	Dezember 2016 Oktober 2017		
26	Einführung des Europäischen Solidaritätskorps	Bei dem von Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union von 2016 erstmals erwähnten Europäischen Solidaritätskorps können sich junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren melden, um irgendwo in der EU einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, Erfahrungen zu sammeln und zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn Kompetenzen zu erwerben. Im November 2017 waren 41 000 junge Menschen beim Solidaritätskorps registriert, 2000 Teilnehmer waren im Einsatz.	Dezember 2016		
27	Rechtsvorschriften für eine bessere Präsentation von Kompetenzen und Qualifikationen durch Überarbeitung des Europass-Rahmens und eine Empfehlung zur Überarbeitung des Europäischen Qualifikationsrahmens (im Rahmen der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen)	Die Kommission nahm im Oktober 2016 einen Vorschlag zur Überarbeitung des Europass-Rahmens an. Dadurch sollen den Bürgerinnen und Bürgern bessere Instrumente zur Darstellung ihrer Kompetenzen sowie nützliche Echtzeitinformationen darüber, welche Kompetenzen gefragt sind, an die Hand gegeben werden. Durch den überarbeiteten Europäischen Qualifikationsrahmen werden die Qualifikationen und vorhandenen Kompetenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt verständlicher und leichter vergleichbar.	Oktober 2016 Juni 2016		

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
28	Start der „Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze“ und der Blaupause zur Branchen-zusammenarbeit für Kompetenzen (im Rahmen der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen)	Die Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze führt Mitgliedstaaten, Unternehmen, Sozialpartner, gemeinnützige Organisationen und Bildungsanbieter zusammen, die sich für die Beseitigung des Mangels an digitalen Kompetenzen in Europa engagieren. Die Blaupause ist ein Netzwerk von Unternehmen, Gewerkschaften, Bildungsträgern und Behörden, um im Kontext des technischen Wandels Lösungen zur Deckung branchenspezifischen Kompetenzbedarfs zu entwickeln. Im Januar 2017 wurde ein erstes Pilotprojekt in sechs Branchen gestartet (Automobilindustrie, Verteidigung, Meerestechnologie, Geoinformationen aus dem All, Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie sowie Fremdenverkehr).			
29	Empfehlung zur Verfolgung des Werdegangs von Hochschulbildungs- und Berufs-bildungsabsolventen (im Rahmen der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen)	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Verfolgung des Werdegangs, der die Behörden der Mitgliedstaaten ermutigt, die Qualität und Verfügbarkeit von Daten über den Berufs- oder den weiteren Bildungsweg der Absolventinnen und Absolventen von Hochschul- und Berufsausbildungen zu verbessern, und sie dabei unterstützt.	Mai 2017		
30	Start des Kompetenzprofil-Instruments der EU für Drittstaatsangehörige	Off-/Online-Webeditor, der es Drittstaatsangehörigen ermöglicht, ihre Kompetenzen, Qualifikationen und Erfahrungen so darzustellen, dass sie EU-weit für Arbeitgeber, Bildungsanbieter und Organisationen, die mit Migranten arbeiten, gut verständlich sind. Der Prototyp wurde von der Kommission im Juni 2017 ins Leben gerufen. Das Instrument steht ab November 2017 öffentlich und in vollem Umfang zur Verfügung.			

NEUBELEBUNG DES SOZIALEN DIALOGS

Vorgelegt/Einigung erzielt 31 32 33

Vorschlag/Einigung im Jahr 2017 möglich 34

Die Kommission leitete im März 2015 einen „Neubeginn für den sozialen Dialog" ein, um die Rolle der Sozialpartner auf allen Ebenen zu stärken. Im Juni 2016 wurde eine Vierparteien-Vereinbarung unterzeichnet, mit der die **grundlegende Rolle des europäischen sozialen Dialogs** als wesentlicher Bestandteil der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU bekräftigt wurde. In der Vereinbarung wird festgelegt, welche Maßnahmen von den Unterzeichnern zur weiteren Stärkung des sozialen Dialogs auf europäischer und nationaler Ebene zu treffen sind.

	Vorschlag	Beschreibung	Stand*		
			Europäische Kommission	Europäisches Parlament	Rat der Europäischen Union
31	Neubeginn für den sozialen Dialog	Im März 2015 brachte die Europäische Kommission zusammen mit den Sozialpartnern eine erneuerte Partnerschaft zwischen den Sozialpartnern und den Organen der EU auf den Weg, die sich im Interesse der Förderung des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen auf eine Reihe vordringlicher Anliegen konzentrieren sollte.	●	●	●
32	Vierparteien-Vereinbarung im Rahmen des Neubeginns für den sozialen Dialog	Im Juni 2016 getroffene Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberorganisationen der EU, den Gewerkschaften, dem Vorsitz des Rates der Europäischen Union und der Kommission zur Bekräftigung der grundlegenden Rolle des europäischen sozialen Dialogs im politischen Entscheidungsprozess der EU.	●	●	●
33	Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Fischereisektor (Übernahme einer Vereinbarung der Sozialpartner)	2013 hatten die EU-Sozialpartner des Fischereisektors eine Vereinbarung geschlossen und vorgeschlagen, das EU-Recht mit dem Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeit im Fischereisektor von 2007 in Einklang zu bringen. Die Vereinbarung zielt auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Fischereisektor ab und sieht ein höheres Maß an Schutz für die Fischer in der EU vor.	●	●	●
34	Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Seeleuten auf Schiffen, die unter der Flagge eines EU-Mitgliedstaats fahren (Übernahme einer Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern)	Im Juli 2017 verabschiedete die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Durchführung der Vereinbarung der Sozialpartner, um die letzten Änderungen des Seearbeitsübereinkommens zu berücksichtigen.	●	●	●